

PRESSEMITTEILUNG

Berlin Group veröffentlicht Arbeitspapier zur großräumigen Standortverfolgung

Die Internationale Arbeitsgruppe zum Datenschutz in der Telekommunikation (sog. Berlin Group), die von der Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Maja Smoltczyk, geleitet wird, hat auf ihrer 64. Sitzung am 29. und 30. November 2018 in Queenstown (Neuseeland) ein **Arbeitspapier zur großräumigen Standortverfolgung** verabschiedet.

Technologien zur Standortverfolgung bieten Vorteile und Chancen, die von öffentlichem Interesse sind. So können Daten von Geräten, die in Autos eingebaut sind, beispielsweise verwendet werden, um die Straßennutzung effizienter zu gestalten, die CO₂-Emissionen zu reduzieren oder die Sicherheit von Fahrern und Fußgängern zu verbessern. Die permanente Nutzung des Mobilfunks und anderer drahtloser Netze, die eine physische Standortverfolgung ermöglichen, z. B. beim Wandern, Joggen, Auto- oder Radfahren führt jedoch dazu, dass die Nachverfolgbarkeit alltäglicher Aktivitäten der Menschen immer mehr zur Norm wird. Das birgt große Risiken für das Recht der betroffenen Personen auf Achtung ihres Privatlebens und mittelbar die Wahrnehmung weiterer Menschen- und Freiheitsrechte.

Das Arbeitspapier zur großräumigen Standortverfolgung untersucht die Risiken für den Datenschutz und die Privatsphäre, die mit der groß angelegten Erhebung von Standortdaten im öffentlichen oder privaten Interesse verbunden sind. Es enthält Empfehlungen an Unternehmen, Industrie und Behörden zum rechtmäßigen Einsatz solcher Technologien sowie zu möglichen technischen und organisatorischen Vorkehrungen, um die von ihnen ausgehenden Risiken zu minimieren.

Das Arbeitspapier ist in englischer Sprache unter <http://www.berlin-privacy-group.org> abrufbar. Eine deutsche Übersetzung wird in Kürze auf der Webseite der Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit veröffentlicht.

Über die Internationale Arbeitsgruppe zum Datenschutz in der Telekommunikation („Berlin Group“)

Die Internationale Arbeitsgruppe zum Datenschutz in der Telekommunikation (englisch: International Working Group on Data Protection in Telecommunications – IWGDPT, auch bekannt als „Berlin Group“) besteht aus Vertreterinnen und Vertretern von Datenschutzbehörden und Organisationen aus aller Welt, die sich mit dem Schutz der Privatsphäre beschäftigen. Die Arbeitsgruppe wurde 1983 auf Initiative der Berliner Datenschutzbehörde gegründet, die seither ihren Vorsitz führt. Seit ihrer Gründung hat die Arbeitsgruppe eine Vielzahl von Empfehlungen („Gemeinsame Standpunkte“ und „Arbeitspapiere“) zur Verbesserung des Schutzes der Privatsphäre in der Telekommunikation verabschiedet. Seit Anfang der neunziger Jahre beschäftigt sich die Gruppe insbesondere mit dem Schutz der Privatsphäre im Internet.

Nach der Verabschiedung von Arbeitspapieren auf den Sitzungen der Arbeitsgruppe wird ein schriftliches Verfahren zur Korrektur und Endredaktion eingeleitet. Die Veröffentlichung des endgültigen Arbeitspapiers erfolgt nach Abschluss des schriftlichen Verfahrens.

Weitere Informationen über die Arbeitsgruppe sowie die von der Gruppe verabschiedeten Dokumente sind auf der Webseite der Arbeitsgruppe abrufbar: <http://www.berlin-privacy-group.org>.